

## Protokoll

### Sitzung des Ausschusses für Planung und Hochbau

---

**Sitzung:** Mittwoch, 01.02.2023

**Ort:** Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

**Beginn:** 15:00 Uhr

**Ende:** 18:51 Uhr

---

#### Anwesend

##### Vorsitz

Herr Detlef Kühn - SPD

##### Mitglieder

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Frau Annette Johannes - SPD

Herr Burim Mehmeti - SPD

bis 18:48 Uhr

Herr Ulrich Volkmann - SPD

Herr Rochus Jonas - B90/GRÜNE

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

Herr Thorsten Köster - CDU

Vertretung für: Frau Antoinette von Gronefeld

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Herr Gerrit Stühmeier - CDU

ab 15:08 Uhr bis 17:08 Uhr

Herr Kai Tegethoff - Die FRAKTION. BS

##### weitere Mitglieder

Herr Sven-Markus Knurr - Direkte Demokraten

Herr Carsten Lehmann - FDP

Herr Dr. Bernhard Piest - BIBS

Frau Anneke vom Hofe - AfD

##### sachkundige Bürger

Herr Godehard Busche - CDU

Herr Hans-Joachim Jäger - CDU

Frau Christiane Kraatz - B90/GRÜNE

Herr Leonhard Pelster - SPD

Herr Thomas Martin - Behindertenbeirat Braunschweig e. V. bis 18:45 Uhr

Herr Thomas Röver - Vertreter der Umweltverbände

## **Gäste**

Herr Torsten Böttcher - Wiederaufbau eG

Herr Andreas Ködel - Wiederaufbau eG

Frau Petra Wehmeyer - Wehmeyer Planungsgesellschaft mbH

Frau Meike Rupp-Naujok - Bezirksbürgermeisterin StBez 222 bis 17:52 Uhr

Herr Frank Richter-Trautmann - stv. Bezirksbürgermeister StBez 222 bis 17:52 Uhr

## **Verwaltung**

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

Herr Holger Herlitschke - Dezernent VIII

Frau Bianca Winter - RefL 0600

Herr Torge Malchau - FBL 37

Herr Bernd Schmidbauer - FBL 61

Herr Rainer Mollerus - AbtL 61.1

## **Protokollführung**

Herr Holger Ender - Ref. 0600

## **Abwesend**

## **Mitglieder**

Frau Antoinette von Gronefeld - CDU entschuldigt

## **sachkundige Bürger**

Herr Wulf Groth - B90/GRÜNE entschuldigt

Frau Jana Kurz - SPD entschuldigt

## **Protokollführung**

Frau Julia Matos - Ref 0600 entschuldigt

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil:**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 11.10.2022 (öffentlicher Teil)
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 09.11.2022 (öffentlicher Teil)
- 4 Mitteilungen
- 4.1 Mitteilung zum Projekt Erweiterung des Gymnasiums Ricarda-Huch-Schule (RHS) 23-20442
- 4.2 Mündliche Mitteilungen

5	Antrag der Baugenossenschaft Wiederaufbau eG auf kommunale Wohnraumförderung	23-20471
6	142. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Braunschweig "Feuerwache Westerbergstraße"; Stadtgebiet zwischen Westerbergstraße, Fuhsekanal und Autobahnmeisterei Auslegungsbeschluss	22-20236
6.1	142. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Braunschweig "Feuerwache Westerbergstraße"; Stadtgebiet zwischen Westerbergstraße, Fuhsekanal und Autobahnmeisterei Auslegungsbeschluss	22-20236-01
7	Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Feuerwache Westerbergstraße", RN 46 Stadtgebiet zwischen Westerbergstraße, Fuhsekanal und Autobahnmeisterei / Alte Frankfurter Straße (Geltungsbereich A) Stadtgebiet zwischen Westerbergstraße und Geitelder Holz (Geltungsbereich B) Auslegungsbeschluss	22-20166
7.1	Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Feuerwache Westerbergstraße", RN 46 Stadtgebiet zwischen Westerbergstraße, Fuhsekanal und Autobahnmeisterei / Alte Frankfurter Straße (Geltungsbereich A) Stadtgebiet zwischen Westerbergstraße und Geitelder Holz (Geltungsbereich B) Auslegungsbeschluss	22-20166-01
8	Annahme einer Zuwendung mit dem Ziel der Förderung privater Denkmalprojekte	22-20075
9	Baulückenschließung Sack 23 Gewährung einer Zuwendung für die Entwurfsplanung	23-20440
9.1	Baulückenschließung Sack 23 Gewährung einer Zuwendung für die Entwurfsplanung	23-20440-01
10	Sanierungsgebiet "Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet", Herrichtung "Kontorgarten" am Jödebrunnen	22-20185
11	Zustimmung zur Mietvertragsverlängerung (Optionsausübung) von Schulungsräumen, Erdgeschoss, für FB 51 Schölkestraße 14, 38118 Braunschweig	22-20174
12	Neubau Dreifach-Sporthalle an der IGS Sally-Perel Kostenerhöhung - Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss	23-20347
13	23-20460 Neubau Kindertagesstätte Kornblumenstraße Kornblumenstraße 3 38108 Braunschweig	

14	Realschule Georg-Eckert-Straße - Brandschutzmaßnahmen und Sanierung NTW-Räume Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss	23-20485
15	Anfragen	
15.1	Mündliche Anfragen	

## **Protokoll**

### **Öffentlicher Teil:**

#### **1. Eröffnung der Sitzung**

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Er begrüßt zu TOP 5 Herrn Torsten Böttcher, Herrn Andreas Ködel (beide Baugenossenschaft Wiederaufbau eG) und Frau Petra Wehmeyer (Wehmeyer Planungsgesellschaft mbH) sowie zu TOP 6 und 7 Herrn Torge Malchau, Leiter des Fachbereichs 37 Feuerwehr und Frau Bezirksbürgermeisterin Rupp-Naujok. Er ergänzt, dass Ratsfrau von Gronefeld durch Ratsherr Köster vertreten wird.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Kühn teilt weiter mit, dass dem Ausschuss im Nachversand Unterlagen zu den TOPs 5 und 14 sowie Ergänzungsvorlagen zu den TOPs 6.1 und 7.1 zugegangen sind. Die Beschlussvorlage unter TOP 13 wird von der Hochbauverwaltung zurückgezogen.

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Kühn stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

dafür: 10    dagegen: 0    Enthaltungen: 0

#### **2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 11.10.2022 (öffentlicher Teil)**

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

dafür: 9    dagegen: 0    Enthaltungen: 1

#### **3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 09.11.2022 (öffentlicher Teil)**

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

dafür: 10    dagegen: 0    Enthaltungen: 0

#### **4. Mitteilungen**

##### **4.1. Mitteilung zum Projekt Erweiterung des Gymnasiums Ricarda-Huch-Schule (RHS) 23-20442**

Herr Eckermann stellt die Erweiterung des Gymnasiums Ricarda-Huch-Schule anhand einer Präsentation vor. Im Anschluss hieran beantwortet die Verwaltung verschiedene Fragen zum

Projekt. Sofern diese nicht unmittelbar in der Sitzung beantwortet werden konnten, erfolgt eine Beantwortung als Protokollnotiz:

Ratsherr Mehmeti fragt, ob die geplanten Fahrradabstellanlagen überdacht werden.

Protokollnotiz: *Die geplanten Fahrradabstellanlagen sind nicht überdacht. Die Abstellanlage im Süden ist jedoch so konzipiert, dass eine Überdachung nachträglich problemlos möglich ist.*

Ratsherr Jonas macht auf eine Spende aufmerksam, die vom Gymnasium Ricarda-Huch-Schule zur Errichtung von (überdachten) Fahrradständern verwendet werden soll. Dies bittet er sicherzustellen.

Protokollnotiz: *Die Spende wird zur Überdachung der südlich geplanten Fahrradabstellanlagen verwendet werden. Die Stellplätze werden so geplant, dass die Überdachung im Nachgang problemlos im Rahmen der Spende ermöglicht werden kann.*

Herr Röver bittet um Prüfung, ob die Anzahl von 35 Parkplätzen tatsächlich notwendig ist oder auf ein Minimum reduziert werden kann.

Protokollnotiz: *Es werden nur die bauordnungsrechtlich zwingend erforderlichen Einstellplätze für PKW hergerichtet. 14 Einstellplätze sind an der alten Mehrzweckhalle vorhanden und müssen nach Rückbau der Halle neu hergestellt werden. Des Weiteren sind für die 500 zusätzlichen Schülerinnen und Schüler 20 zusätzliche Einstellplätze zu errichten. Auf weitere vier bis acht herzurichtende Einstellplätze, die nach der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) für Schülerinnen und Schüler über 18 Jahre erforderlich wären, wird bewusst verzichtet, da die Ricarda-Huch-Schule als klimaneutrale Schule und Umweltschule in Europa sich zum Ziel gesetzt hat, die Bereitschaft zum umweltgerechten Verhalten zu erhöhen. Dafür werden im Gegenzug Fahrradstellplätze auf Basis des Höchstwertes der NBauO hergestellt.*

Aus Sicht von Herrn Röver sollten deutlich mehr Bäume auf dem Grundstück eingeplant werden.

Protokollnotiz: *Die Pflanzung von Bäumen wird im Rahmen der Ausführungsplanung erneut überprüft.*

Herr Röver regt an, die Nutzung von Regenwasser bei diesem Vorhaben und grundsätzlich bei künftigen Vorhaben (z. B. für die Toilettenspülung) zu prüfen.

Protokollnotiz: *Die Nutzung von Regenwasser zur Verwendung in den Sanitärbereichen wurde in der Planung geprüft. Da für eine Verwendung von Regenwasser ein zusätzliches Leitungsnetz sowie weitere technische Anlagen (z.B. Filter- und Pumpanlagen) notwendig werden, wurde darauf aufgrund der erheblichen zusätzlichen Investitions- und Betriebskosten verzichtet.*

Auf Nachfrage von Ratsherr Köster erklärt Herr Eckermann, dass der Erweiterungsbau in den PPP-Vertrag eingepasst und so eine gestaffelte Übergabe vermieden wird.

Ratsherr Jonas bittet aufgrund der guten Versickerungseigenschaften des Bodens um Prüfung, ob naheliegende Bestandsflächen/-gebäude an das neu zu bauende Regenwasserversickerungssystem mit angeschlossen werden können.

Protokollnotiz: Ratsherr Mehmeti verlässt um 15:41 Uhr die Sitzung.

Protokollnotiz: *Das neue Erweiterungsgebäude wird zu großen Teilen über Rigolen und Versickerungsmulden entwässert und damit die notwendige Einleitung in die Regenwasserkä-näle minimiert. Zusätzliche Regenwassermengen aus dem Bestand würden zusätzliche Versi-*

*ckerungsmulden und Rigolen erforderlich machen. Das Baufeld bietet dafür jedoch keine weiteren geeigneten Flächen.*

Ratsfrau Mundlos bittet um Angaben zur Anzahl der Kfz-Stellplätze gem. Bauordnung (min./max.) - auch für Fahrradstellplätze mit und ohne Lastenräder

Protokollnotiz: *Gemäß NBauO sind herzustellen: 14 Einstellplätze, die im Baufeld liegen und nach Rückbau neu zu errichten sind, 20 Einstellplätze auf Basis der zusätzlichen Schülerzahlen, vier bis acht Einstellplätze für SuS über 18 Jahren. Es müssen daher nach Richtwerten der NBauO zwischen 38 und 42 Einstellplätze für PKW hergestellt werden. Auf die Stellplätze für über 18-jährige wird wie oben beschrieben verzichtet. Gemäß NBauO sind für die Schulerweiterung zwischen 50 und 250 Fahrradabstellplätze herzurichten. Hier werden 250 vorgesehen und damit entsprechend des Höchstwertes geplant. Gesonderte Abstellanlagen für Lastenräder sind nicht vorgesehen.*

Bürgermitglied Pelster bittet um Prüfung, ob doppelstöckige Radabstellanlagen realisiert werden können.

Protokollnotiz: Ratsherr Mehmeti nimmt ab 15:43 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Protokollnotiz: *Da die geplante Anzahl an Fahrradabstellplätzen mit ebenerdigen Fahrradbügeln hergestellt werden kann, wird dies als wirtschaftliche und für den Nutzer komfortable Lösung entsprechend eingesetzt.*

Protokollnotiz: Ratsherr Stühmeier verlässt um 15:46 Uhr die Sitzung.

Ratsherr Kühn bittet die Verwaltung, Planzeichnungen und Skizzen künftig den Sitzungsunterlagen grundsätzlich in höherer Auflösung beizufügen.

#### **Ergebnis:**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

#### **4.2. Mündliche Mitteilungen**

Stadtbaurat Leuer informiert zur Frage der „Evaluation des Mobilitätskonzeptes im Nördlichen Ringgebiet“, dass diese - wie bereits mitgeteilt - kein Bestandteil des städtebaulichen Vertrages mit der Nibelungen Wohnbau GmbH (NiWo) ist. Die Vorgabe, Evaluationen durchzuführen, sind jedoch Bestandteil der Baugenehmigungen.

Evaluationen erfolgen durch die Niwo in regelmäßigen Abständen. Eine umfängliche wissenschaftlich fundierte Evaluierung ist im Laufe des Jahres 2023 geplant. Stadtbaurat Leuer kündigt an, einen schriftlichen Bericht zur Evaluation des Mobilitätskonzeptes im Nördlichen Ringgebiet in diesen Ausschuss zur Diskussion einzubringen.

#### **5. Antrag der Baugenossenschaft Wiederaufbau eG auf kommunale Wohnraumförderung 23-20471**

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage der Verwaltung ein.

Protokollnotiz: Ratsherr Stühmeier nimmt ab 16:02 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Frau Wehmeyer stellt das Projekt anhand einer Präsentation vor

Fragen zum Projekt der Baugenossenschaft Wiederaufbau eG werden von Frau Wehmeyer und den Herren Böttcher und Ködel beantwortet.

Protokollnotiz: Ratsherr Jonas verlässt um 16:34 Uhr die Sitzung.

Protokollnotiz: Ratsherr Jonas nimmt ab 16:36 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Protokollnotiz: Ratsfrau Volkmann verlässt um 16:46 Uhr die Sitzung.

Protokollnotiz: Ratsherr Volkmann nimmt ab 16:49 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mehmeti verlässt um 16:49 Uhr die Sitzung.

Protokollnotiz: Ratsherr Mehmeti nimmt ab 16:55 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ratsherr Knurr gibt den Hinweis auf einen fehlerhaft abgebildeten Zuwendungsbetrag.

Protokollnotiz: Die Verwaltung hat den Betrag zum Protokoll korrigiert. Die Zuwendung beläuft sich auf 1,718.810 Mio. Euro.

### **Beschluss:**

Der Baugenossenschaft Wiederaufbau eG wird für das Projekt „An den Gärtnerhöfen“ eine Zuwendung i.H.v. 1,718.810 Mio. € vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Genehmigungen sowie der Gewährung von Landesfördermitteln gewährt.

### **Abstimmungsergebnis (Empfehlung an FPDA):**

dafür: 11    dagegen: 0    Enthaltungen: 0

- |             |  |                    |
|-------------|--|--------------------|
| <b>6.</b>   | <b>142. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Braunschweig "Feuerwache Westerbergstraße";<br/>Stadtgebiet zwischen Westerbergstraße, Fuhsekanal und Autobahnmeisterei<br/>Auslegungsbeschluss</b>   | <b>22-20236</b>    |
| <b>6.1.</b> | <b>142. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Braunschweig "Feuerwache Westerbergstraße";<br/>Stadtgebiet zwischen Westerbergstraße, Fuhsekanal und Autobahnmeisterei<br/>Auslegungsbeschluss</b>   | <b>22-20236-01</b> |
| <b>7.</b>   | <b>Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Feuerwache Westerbergstraße", RN 46<br/>Stadtgebiet zwischen Westerbergstraße, Fuhsekanal und Autobahnmeisterei / Alte Frankfurter Straße (Geltungsbereich A)<br/>Stadtgebiet zwischen Westerbergstraße und Geitelder Holz (Geltungsbereich B)<br/>Auslegungsbeschluss</b> | <b>22-20166</b>    |
| <b>7.1.</b> | <b>Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Feuerwache Westerbergstraße", RN 46<br/>Stadtgebiet zwischen Westerbergstraße, Fuhsekanal und Autobahnmeisterei / Alte Frankfurter Straße (Geltungsbereich A)<br/>Stadtgebiet zwischen Westerbergstraße und Geitelder Holz (Geltungsbereich B)<br/>Auslegungsbeschluss</b> | <b>22-20166-01</b> |

Ausschussvorsitzender Ratsherr Kühn regt eine gemeinsame Beratung der Beschlussvorlagen 22-20236 und 22-20166 sowie die dazu ergangenen Ergänzungsvorlagen 22-20236-01 und 22-20166-01 an und stellt fest, dass hierüber Einvernehmen besteht.

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlagen ein. Er informiert über die Beratung der Beschlussvorlagen 22-20236 und 22-20166 im Stadtbezirksrat 222 Südwest und die hier ausführlich diskutierten Aspekte der Standortwahl und der Zusammenarbeit zwischen Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehren.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Kühn begrüßt Herrn Malchau, Leiter des Fachbereichs Feuerwehr, und Frau Bezirksbürgermeisterin Rupp-Naujok.

Herr Malchau erläutert die Ergänzungsvorlage 22-20236-01.

Ratsherr Köster trägt seine Bitte an die Verwaltung vor, auch bei vermeintlich konfliktfreien Beschlussvorlagen in bestmöglicher personeller Besetzung an den Gremiensitzungen teilzunehmen, um Fragen unmittelbar und umfänglich beantworten zu können.

Er erinnert daran, dass es ähnliche Bedenken anderer Ortsfeuerwehren vor Errichtung der Südwache gab, dies sich dann jedoch nicht bestätigt haben, und verweist auf eine Protokollnotiz des damaligen Stadtbezirksrats 224 Rüningen zur Beschlussvorlage zur Umsetzung des Gutachtens zur Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplans (DS 17-05566). Der Stadtbezirksrat 224 hatte seinerzeit eine Einbindung der Ortsfeuerwehren im weiteren Prozess angeregt. Ratsherr Köster richtet deshalb seinen Appell an die Verwaltung, den Kontakt zu den Ortsfeuerwehren zu intensivieren.

Herr Malchau informiert über das von ihm im Nachgang der Sitzung des Stadtbezirksrats 222 mit der Bezirksbürgermeisterin Rupp-Naujok geführte Gespräch. In diesem Gespräch wurde vereinbart, mit Vertreterinnen und Vertretern des Stadtbezirksrates und den Wehrführungen der beiden anliegenden Ortsfeuerwehren den Sachverhalt zu erläutern und Fragen in einem gemeinsamen Gespräch zu klären. Dieses Gespräch findet am Abend des 1. Februar 2023 statt.

Ratsherr Mehmeti schließt sich den Ausführungen von Ratsherr Köster vollumfänglich an. Er zeigt sich von der ablehnenden Entscheidung des Stadtbezirksrats 222 überrascht und bezeichnet den Standort der künftigen Wache als optimal. Die Flächenversiegelung ist für ihn ein Abwägungsprozess, bei dem aus seiner Sicht die Rettung von Menschenleben Priorität besitzt.

Er hebt die Besonderheit der Freiwilligkeit des Feuerwehrdienstes und die Bedeutung der Wertschätzung in diesem Kontext ausdrücklich hervor, macht aber auch deutlich, dass der Gesprächswunsch von Seiten der Ortsfeuerwehr Rüningen gegenüber der Berufsfeuerwehr hätte artikuliert werden können. Gemeinsame Übungen könnten den Austausch zwischen der Berufsfeuerwehr und den Wehren in Rüningen und Broitzem vertiefen.

Das von Herrn Malchau angekündigte Gespräch bittet Ratsherr Mehmeti mit Sorgfalt zu führen. Dabei sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass nicht alle Menschen im Stadtbezirk eine kritische Haltung gegenüber der künftigen Wachen einnehmen.

Ratsfrau Mundlos begrüßt grundsätzlich das für den Abend anberaumte Gespräch, hätte sich allerdings gewünscht, dass dieses Gespräch bereits im Vorfeld der heutigen APH-Sitzung erfolgt wäre. Sie bittet die Verwaltung um einen Bericht zum Gesprächsergebnis.

Bezirksbürgermeisterin Rupp-Naujok berichtet über eine nach ihrem Eindruck sehr emotionsgeladene Sitzung des Stadtbezirksrats 222, die sehr viel Klärungsbedarf offenbarte, der von der teilnehmenden Verwaltung allerdings nicht komplett beantwortet werden konnte. Die Freiwilligen Feuerwehren im südwestlichen Stadtgebiet hätte aus ihrer Sicht im Vorfeld eng beteiligt werden müssen, sie dankt Herrn Malchau aber für das Gesprächsangebot.

Protokollnotiz: Ratsfrau Kluth verlässt um 17:30 Uhr die Sitzung.

Auf ihre Nachfrage erläutert Herr Malchau, dass der Feuerwehrbedarfsplan, der auch auf den von Ortsbrandmeistern zugelieferten Daten basiert, aktuell fortgeschrieben wird. In den vergangenen Jahren wurden kontinuierlich Jahresberichte veröffentlicht, in denen der Schutzzieleerreichungsgrad nach den unterschiedlichen Stadtteilen ausgewertet wurde. Eine leichte Verbesserung des Schutzzieleerreichungsgrads war durch die Beteiligung der Ortsfeuerwehren Rüningen und Broitzem zwar möglich, befindet sich aber noch nicht auf dem beabsichtigten Niveau.

Protokollnotiz: Ratsfrau Kluth ab 17:32 Uhr wieder an der Sitzung teil.



Herr Malchau macht deutlich, dass die 39 Ortsfeuerwehren im Stadtgebiet einen erheblichen Teil zur Sicherstellung des Brandschutzes in Braunschweig beitragen. Es gibt kaum eine Einsatzstelle, bei denen Ortsfeuerwehren und Berufsfeuerwehr nicht zusammenarbeiten.

Auf die weiteren Nachfragen von Bezirksbürgermeisterin Rupp-Naujok verweist Herr Mollerus zunächst auf die von der Verwaltung bereits im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens betrachtete verkehrliche Situation. Der Gutachter hat insbesondere festgestellt, dass es zu Engpässen im Bereich der Alten Frankfurter Straße kommen könnte und empfahl hier eine Lichtsignalanlage (LSA) vorzusehen.

Eine Belastung der Verkehrssituation an der LSA Thiedestraße ist heute zwar gegeben. Es wurde allerdings festgestellt, dass die Leistungsfähigkeit durch die zu erwartenden aber nur schwer zu kalkulierenden Feuerwehreinsätze noch gegeben ist.

Zur Frage der Luftleitbahn informiert Herr Mollerus über eine von Südwesten in das Stadtgebiet hineinreichende Luftleitbahn, die aus den Kaltluftentstehungsgebieten der größeren landwirtschaftlich genutzten Flächen gespeist wird. Die Verwaltung reagiert darauf u.a. mit einer Höhenbegrenzung des Baukörpers der Feuerwache. Im Ergebnis erscheint dies mit der klimatischen Situation vertretbar.

Ratsfrau Jalyschko dankt der Verwaltung für die ausführlichen Informationen in dieser Sitzung. Zu dem geplanten Geh-/Radweg bittet sie um Beachtung, dass dieser so weit wie möglich von der Fuhse entfernt verläuft.

Ratsherr Kühn bittet, den Freizeitweg im Grünzug westlich der Feuerwache nach Möglichkeit nicht nur auf das vorgesehene Maß von 2,50 m zu beschränken.

Ratsherr Jonas regt die Berücksichtigung wettergeschützter Fahrradabstellanlagen und eines Hubschrauberlandeplatzes an.

Herr Mollerus verweist hierzu auf das spätere Genehmigungsverfahren. Die Anlagen zur Beschlussvorlage sind nur ein Nutzungsvorschlag und stellen keine Verbindlichkeit dar.

Ratsfrau Kluth bittet um Prüfung, ob eine biodiverse Dachbegrünung umsetzbar ist. Sie fragt darüber hinaus, ob Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange (TöB) zum Vorhaben eingegangen sind?

Herr Mollerus bestätigt die erfolgte TöB-Beteiligung, die aus Sicht der Verwaltung keine expliziten Widerstände der Fachbehörden zur Planung ergeben hat. Er informiert ergänzend über den Kontakt zur benachbarten Autobahnmeisterei Braunschweig-Rüningen der Autobahn GmbH des Bundes, da über dieses Grundstück die sog. Havarieausfahrt gelegt werden soll.

Herr Röver verweist auf die Stellungnahme des BUND. Die Dachflächen-Begrenzung auf 50 Prozent für Photovoltaik (PV)-Anlagen kann er nicht nachvollziehen. Bei öffentlichen Gebäuden sollte aus seiner Sicht prinzipiell so viel Fläche für PV-Anlagen wie möglich genutzt werden. Zu dem geplanten Geh-/Radweg bittet er ebenfalls um einen ausreichenden Abstand zur Fuhse.

Zu seiner Frage in Bezug auf die genannte nicht-fossile Wärmeerzeugung verweist Stadtbaurat Leuer allgemein auf die in städtischer Hand liegende Baumaßnahme, die zu gegebener in diesem Ausschuss vorgestellt wird und Details abgestimmt werden können.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Kühn lässt über die Beschlussvorlagen in den Fassungen der Ergänzungsvorlagen abstimmen.

#### **Beschluss zu Ergänzungsvorlage 22-20236-01:**

1. Dem Entwurf der 142. Änderung des Flächennutzungsplanes und der Begründung mit Umweltbericht wird zugestimmt.

2. Der Entwurf der 142. Änderung des Flächennutzungsplanes und der Begründung mit Umweltbericht sind gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen.

**Abstimmungsergebnis zu Ergänzungsvorlage 22-20236-01 (Empfehlung an VA):**

dafür: 10      dagegen: 0      Enthaltungen: 0

**Beschluss zu Ergänzungsvorlage 22-20166-01:**

Dem Entwurf des Bebauungsplans mit örtlicher Bauvorschrift „Feuerwache Westerbergstraße“, RN 46, sowie der Begründung mit Umweltbericht wird zugestimmt. Sie sind gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen.

**Abstimmungsergebnis zu Ergänzungsvorlage 22-20166-01 (Empfehlung an VA):**

dafür: 10      dagegen: 0      Enthaltungen: 0

**8.      Annahme einer Zuwendung mit dem Ziel der Förderung privater      22-20075  
Denkmalprojekte**

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage der Verwaltung ein.

Protokollnotiz: Ratsherr Köster verlässt um 17:53 Uhr die Sitzung.

Auf Nachfrage von Ratsherr Kühn stellt er klar, dass eine Anhebung des bisherigen Höchstbetrags einer Förderung mit dieser Beschlussvorlage nicht beschlossen wird. Ob eine Anhebung beschlusspflichtig ist, wird die Verwaltung klären.

Protokollnotiz: Ratsherr Köster nimmt ab 17:54 Uhr wieder an der Sitzung teil.

**Beschluss:**

Der Annahme einer Zuwendung nach § 111 NKomVG in Höhe von 5.500 Euro jährlich ab 2023 mit dem Ziel der Förderung von privaten Denkmalprojekte wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):**

dafür: 9      dagegen: 0      Enthaltungen: 1

**9.      Baulückenschließung Sack 23      23-20440  
Gewährung einer Zuwendung für die Entwurfsplanung  
9.1.      Baulückenschließung Sack 23      23-20440-01  
Gewährung einer Zuwendung für die Entwurfsplanung**

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage der Verwaltung ein.

Auf Nachfrage von Ratsherr Tegethoff erläutert Stadtbaurat Leuer, dass für Zuschussempfängerinnen und Zuschussempfänger keine Bauverpflichtung besteht. Die Verwaltung berät und unterstützt, sofern es zu einer Umsetzung kommt.

Stadtbaurat Leuer informiert auf Nachfrage von Ratsfrau Jalyschko, dass es sich bei den betreffenden Grundstücken zu einem Großteil um private Eigentümerinnen und Eigentümer handelt. Im Falle des Grundstücks Sack 23 handelt es sich um ein Unternehmen.

Als Problem stellt Stadtbaurat Leuer die bei den kleinen Baulücken häufig ungenutzten Obergeschosse heraus. Im Falle eines Neubaus wird die vermietete Fläche im Erdgeschoss z. B. durch ein Treppenhaus verringert.

Ausschussvorsitzender Kühn lässt über die Beschlussvorlage in der Fassung der Ergänzungsvorlage 23-20440-01 abstimmen.

**Beschluss zu Ergänzungsvorlage 23-20440-01:**

Der Eigentümerin des Grundstücks Sack 23 wird ein Zuschuss i.H.v. max. 20.000 € für die

Planung eines Neubaus eines Mehrfamilienhauses mit Ladenlokal gewährt.

**Abstimmungsergebnis zu Ergänzungsvorlage 23-20440-01:**

dafür: 10    dagegen: 0    Enthaltungen: 0

**10. Sanierungsgebiet "Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet", Her-  
richtung "Kontorgarten" am Jödebrunnen**

**22-20185**

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage der Verwaltung ein.

Ratsfrau Mundlos bittet um Auskunft über die Beratung der Vorlage im Sanierungsbeirat.

Protokollnotiz: Die vorgesehenen Maßnahmen im neuen „Kontorgarten“ am Jödebrunnen und Kontorhaus wurden durch die Verwaltung erläutert. Seitens der Beiratsmitglieder wurden die Aspekte Barrierefreiheit, der Insektenfreundlichkeit, zur Finanzierung und dem geplanten Standort der neuen historisierten Wegleichte thematisiert.

Die Vorlage wurde vom Sanierungsbeirat mit 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Auf Nachfrage von Ratsherr Knurr zur historisierten Beleuchtung informiert Stadtbaurat Leuer, dass diese der Beleuchtung einer Parkanlage an einem historischen Gebäude dient und den Aufenthalt gewährleisten soll. Aus seiner Sicht waren hier in erster Linie gestalterische Aspekte ausschlaggebend.

Protokollnotiz: Ratsherr Mehmeti verlässt um 18:12 Uhr die Sitzung.

Herr Röver hat die Information erhalten, dass sich im betreffenden Bereich ein Biotop entwickelt hat und vertritt die Auffassung, dieses Kleinbiotop nicht durch eine „Schicki Micki-Parkanlage“ zu ersetzen. Er spricht sich dafür aus, den aktuellen Zustand zunächst anhand von Fotos vorzustellen. Unter Bezugnahme auf die beabsichtigte Umsetzung der Maßnahme im 2. Quartal plädiert er für eine Verschiebung in einen naturschutzrechtlich weniger problematischen Zeitraum.

Protokollnotiz: Ratsherr Mehmeti nimmt ab 18:16 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Stadtrat Herlitschke empfiehlt, das Grundstück zu besuchen und sich von dem aktuellen Zustand ein Bild zu machen. Die Maßnahme hat das Ziel, die befestigte Fläche im Zugangsbereich herzustellen und auch kleinere Veranstaltungen im Gebäude zu ermöglichen. Die Planung eines „Schicki Micki-Parks“ weist er zurück.

Da die Maßnahme ausschließlich das unmittelbare Umfeld des Kontorhauses ohne Becken des Jödebrunnen betrifft, regt Ratsherr Jonas eine mittelfristige Aufwertung des Beckens durch eine Entschlammung und Bepflanzung an.

**Beschluss:**

„Der Aufwertung des Außengeländes am Kontorhaus wird zugestimmt. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 68.200 Euro und werden zu zwei Dritteln aus Städtebaufördermitteln finanziert, ein Drittel verbleibt als städtischer Eigenanteil.“

**Abstimmungsergebnis:**

dafür: 10    dagegen: 0    Enthaltungen: 0

**11. Zustimmung zur Mietvertragsverlängerung (Optionsausübung)  
von Schulungsräumen, Erdgeschoss, für FB 51  
Schölkestraße 14, 38118 Braunschweig**

**22-20174**

**Beschluss:**

„Der Verlängerung des Mietvertrags für das Mietobjekt Schölkestraße 14, EG, 38118 Braun-

schweig, um 5 Jahre bis zum 30.09.2028 wird zugestimmt. Des Weiteren wird der Ausübung der 2. Option zur Verlängerung des Mietvertrages um weitere 5 Jahre bis 30.09.2033 zugestimmt, sofern diese Verlängerung zu gegebener Zeit notwendig und wirtschaftlich erscheint."

**Abstimmungsergebnis:**

dafür: 10      dagegen: 0      Enthaltungen: 0

**12.      Neubau Dreifach-Sporthalle an der IGS Sally-Perel  
Kostenerhöhung - Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss**

**23-20347**

Stadtrat Herlitschke führt in die Vorlage der Verwaltung ein und erläutert die Gründe für die Kostenerhöhung.

Ratsherr Mehmeti bedauert den von der Verwaltung nicht entsprochenen Wunsch der Schule nach einer Kletterwand. Er gibt zu bedenken, dass mit der Realisierung einer Kletterwand auch Hallenzeiten generiert werden könnten.

Stadtrat Herlitschke erläutert im Allgemeinen die Entstehung eines Bauvorhabens bzw. Raumprogramms. In einer sog. Raumprogrammgruppe, die sich aus verschiedenen Fachbereichen der Verwaltung zusammensetzt, wird der von der Schule angemeldete Bedarf in eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung gebracht. Nicht alle angemeldeten Bedarfe können in der Regel berücksichtigt werden. Das in der Gruppe beschlossene Raumprogramm wird an die Hochbauverwaltung zur Umsetzung übermittelt.

Herr Franke sagt eine Klärung der Frage zu, aus welchem Grund die Kletterwand nicht berücksichtigt werden konnte.

Ratsherr Mehmeti regt für die Zukunft an, den Faktor Wirtschaftlichkeit weiterzudenken. Belange, die räumliche Kapazitäten schaffen und dadurch Wirtschaftlichkeit generieren, sollten wohlwollender berücksichtigt werden. Aus seiner Sicht stellt die Verwaltung die Wirtschaftlichkeit zu sehr in den Vordergrund und vernachlässigt die langfristige Denkweise.

Stadtrat Herlitschke vollzieht die Kritik von Ratsherr Mehmeti nach, verdeutlicht jedoch, dass die in der Projektenentwicklung der Bauvorhaben beteiligten Verwaltungsbereiche wie u.a. Schulverwaltung und Finanzverwaltung ihre Bedarfe einbringen. Aus Finanzierungsgründen können im Ergebnis nicht alle Wünsche realisiert werden. Er wirbt um Verständnis für diese auch für die Verwaltung nicht leichten Entscheidungen.

Ratsherr Jonas hebt hervor, dass die Interaktion von Schülerinnen und Schülern beim Klettern und die dadurch ausgelösten sozialen Prozesse zukunftsweisend sind wie bei kaum einer anderen Sportart. Aus Sicht von Ratsherr Jonas sollte gerade das Klettern gefördert werden.

**Beschluss:**

Die Kostenerhöhung, die sich gegenüber der Kostenberechnung vom 31.07.2020 ergibt (DS 20-14370), wird mit 2.310.200 € festgestellt.

Die Gesamtkosten betragen somit 11.657.000 €.

**Abstimmungsergebnis:**

dafür: 9      dagegen: 0      Enthaltungen: 1

**13.      23-20460 Neubau Kindertagesstätte Kornblumenstraße  
Kornblumenstraße 3  
38108 Braunschweig**

Die Beschlussvorlage 23-20460 wird von der Verwaltung zurückgezogen.

**14. Realschule Georg-Eckert-Straße - Brandschutzmaßnahmen und Sanierung NTW-Räume  
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss**

**23-20485**

**Beschluss:**

Dem o.a. Investitionsverfahren wird gemäß den Plänen vom 22.11.2022 zugestimmt.

Die Gesamtkosten - einschl. der Eigenleistung des Referats Hochbau und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes und Preissteigerung - werden aufgrund der Kostenberechnung vom 15.12.2022 auf 2.467.000 € festgestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

dafür: 10    dagegen: 0    Enthaltungen: 0

**15. Anfragen**

**15.1. Mündliche Anfragen**

**15.1.1**

Ratsherr Volkmann bittet unter Bezugnahme auf eine Stellungnahme der Verwaltung zur Anfrage „Gewährleistung der Nahversorgung im Stadtbezirk“ (DS 23-20405) im Stadtbezirksrat 111 Hondelage-Volkmarode um ergänzende Informationen zum Bauantragsverfahren.

Stadtbaurat Leuer erläutert die Genehmigungspflicht einer Sanierungsmaßnahme, sofern diese wesentliche Änderungen am Bestand vorsieht. Weitergehende Aussagen zum Bauvorhaben kann er zum jetzigen Zeitpunkt nicht treffen.

**15.1.2**

Ratsfrau Kluth nimmt Bezug auf das neue Wohnquartier Rautheim-Möncheberg und fragt, wann die Verwaltung neue Daten zum Wohnraumbedarf vorstellen wird.

Stadtbaurat Leuer informiert über die sich mit dem Gutachter in der Endabstimmung befindliche Prognose. Die Zusage der Verwaltung, die Prognose den Gremien im Frühjahr vorzustellen, steht unverändert. Er geht nicht davon aus, dass die neuen Daten wesentlich von den bekannten Informationen abweichen. Zum neuen Wohnquartier Rautheim-Möncheberg findet ein Bürgerworkshop zu den Planungen am 7. Februar 2023 statt.

**15.1.3**

Bürgermitglied Kraatz verweist auf eine bei der Landeshauptstadt Hannover gebildete Arbeitsgruppe zur Thematik „Unisex-Toilette“ (im Allgemeinen und in Schulen), um die Angemessenheit zu ermitteln. Sie fragt, ob seitens der Verwaltung dazu bereits Überlegungen geführt werden.

Stadtrat Herlitschke verweist auf eine bei der Stadtverwaltung gebildete Arbeitsgruppe unter Federführung der Gleichstellungsbeauftragten. Erste Ergebnisse werden den Gremien in Kürze vorgestellt.

Ratsherr Mehmeti macht darauf aufmerksam, dass einzelne Schulen eigenverantwortlich Schultoiletten umwidmen.

Stadtrat Herlitschke ergänzt dazu, dass diese Ansätze in der Arbeitsgruppe berücksichtigt werden.

**15.1.4**

Herr Röver greift die Themen Wohnquartier Rautheim-Möncheberg und Wohnraumbedarfsprognose auf und erklärt, die von einem Gutachter aufgrund der aktuellen Bevölkerungsentwicklung hergeleiteten Bedarfe nicht nachvollziehen zu können. Er bittet die Verwaltung, aufgrund der aktuellen Bedarfsermittlung in der öffentlichen Kommunikation nicht von einem erkennbaren und gesicherten großen Bedarf nach Neubauten zu sprechen.

Stadtbaurat Leuer verweist in seiner Antwort auf den bundesweit starken Bedarf an bezahlbarem Wohnraum. Er hält es für fraglich, dass dies auf Braunschweig nicht zutrifft. Die Verwaltung vertritt die Auffassung, dass der Bedarf erforderlich ist. Die Verwaltung wird sich mit dem Gutachter zum Bedarf äußern.

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Kühn schließt die Sitzung um 18:51 Uhr.

gez.Kühn	gez. Leuer	gez. Herlitschke	gez. Ender
Kühn - Vorsitz -	Leuer - Stadtbaurat -	Herlitschke - Stadtrat -	Ender - Schriftführung -